



Umstrittene Altersvorsorge für Abgeordnete in BW ausgesetzt

## "Wir haben verstanden"

Die umstrittene Neuordnung der Abgeordnetenversorgung soll vorerst ausgesetzt werden. Darauf haben sich die Fraktionsspitzen von Grünen, CDU und SPD verständigt. Jetzt wird eine Expertenkommission eingesetzt.

*2:44 min | 14.2. | 19.30 Uhr | SWR Fernsehen BW*

Mehr Info

Altersvorsorge für Abgeordnete in BW ausgesetzt

### Expertenkommission soll es richten

Das Gesetz zur Altersvorsorge für Abgeordnete soll vorerst auf Eis gelegt werden. Der Beschluss wird zunächst von einer Expertenkommission geprüft. Damit wolle man für mehr Transparenz sorgen.

Die Kommission soll neue Regeln für die Altersversorgung erarbeiten. Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz betonte am Dienstag bei einer Pressekonferenz, dass unabhängiger Sachverstand einbezogen werden soll. "Das können

Politikwissenschaftler, Staatsrechtler oder auch der Rechnungshof sein", so Schwarz. Die Kommission könne beispielsweise auch einen Ländervergleich vornehmen und sie habe die Aufgabe, eine Empfehlung an den Landtag auszusprechen. "Wir wollen der Kommission die nötige Zeit geben, die sie braucht", so Schwarz. "Wir sind bereit, ein vom Landtag beschlossenes Gesetz zu korrigieren. Wir haben verstanden." Die Kritik aus der Bevölkerung sei angekommen "und veranlasst uns zum Handeln". Im Sinne der Politik des Gehörtwerdens sei das ein starker Schritt, betonte Schwarz.

"Gründlichkeit vor Schnelligkeit" ist auch der Weg, den die CDU-Fraktion mitgehen möchte, "wenn es nötig ist, dass man etwas besser erklärt, um Akzeptanz zu erzielen", sagte CDU-Fraktionschef Wolfgang Reinhart. Wichtig sei, dass nicht der Eindruck entstehe, dass es eine "Hau-Ruck-Entscheidung" gewesen sei. Der Diskussionsprozess sei Wochen und Monate geführt worden, aber nicht in der Öffentlichkeit. "Uns ist die Legitimität der Entscheidung wichtig", so Reinhart.

### **Kommission darf sich Zeit lassen**

Die Arbeit der Kommission wird nach den Worten von SPD-Fraktionschef Andreas Stoch Ende dieses, Anfang nächsten Jahres in Empfehlungen münden. Auf deren Basis müsse dann der Landtag erneut öffentlich debattieren. Unberührt von der Kommission bleiben zunächst die ebenfalls jüngst beschlossenen erhöhten Pauschalen für die parlamentarischen Mitarbeiter und die politische Arbeit.

### **"Stehen hier, um Fehler einzuräumen"**

Für die SPD steht die Frage der Wertschätzung der Arbeit der Abgeordneten im Zentrum der Debatte. Denn, so Stoch, man hatte das "Gefühl, dass es in eine Schwarz-Weiß-Diskussion abgeleitet". Stoch betonte weiter: "Wenn man die letzte Woche betrachtet, muss man sagen, man hätte es anders machen müssen." Dennoch verwies auch er darauf, dass es keine Entscheidung aus dem Bauch heraus gewesen sei. "Wahrscheinlich hätte man sich nicht von dem Thema Haushalt in die Enge treiben lassen sollen. Deshalb stehen wir auch hier, um diesen Fehler einzuräumen", so Stoch.

"Ich freue mich darüber, dass jetzt die Chance besteht, dass wir sozusagen den Konsens wiederfinden", sagte FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke, dessen Fraktion

genauso wie die AfD gegen die Neuregelung gestimmt hatte.

## Kretschmann hat Verständnis für Kritik

Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hatte zuvor bei der Regierungspressekonferenz am Dienstag mehrfach betont, dass er zu keinem Zeitpunkt in die Entscheidung eingebunden gewesen sei. Das Gesetz zur Besserstellung der Abgeordneten hätten allein die drei Fraktionschefs von Grünen, CDU und SPD zu verantworten, nicht er. Von der neuen Altersregelung, bei der die Abgeordneten zwischen einer privaten und einer staatlichen Altersvorsorge wählen können, habe er erst erfahren, als sie bereits beschlossen war. Kretschmann räumte ein, dass er für die Kritik aus der Bevölkerung durchaus Verständnis habe.

## "Ich hätte das so nicht gemacht"

In den letzten Tagen hatte die Kritik an der im Eilverfahren beschlossenen Änderung der Altersversorgung deutlich zugenommen. Am Wochenende hatte sich auch Leni Breymaier, die baden-württembergische SPD-Chefin, als prominenteste Vertreterin ihrer Partei gegen die von der SPD-Landtagsfraktion mitbeschlossene Neuregelung gestellt. In einer Erklärung des Parteipräsidiums sagte sie: "Die jetzigen Änderungen überraschen schon. Ich hätte das so nicht gemacht." Sie kämpfe für eine Rentenversicherung, in die alle einzahlten, auch Abgeordnete, sagte Breymaier am Montag dem SWR.

*2:13 min | 13.2. | 19.30 Uhr | SWR Fernsehen BW*

Mehr Info

Neuregelung der Altersversorgung von Abgeordneten

## "Man hätte das erklären müssen"

Mit so starkem Gegenwind haben Grüne, CDU und SPD offensichtlich nicht gerechnet. Nachdem sie eine neue Pensionsregelung für die Landtagsabgeordneten durchgesetzt haben, empören sich immer mehr Partei-Mitglieder.

## Beschluss einer staatlichen Pension

Mit den Stimmen von SPD, Grünen und CDU hatte der Landtag am Freitag in Stuttgart die Neuregelung beschlossen, nach der die Abgeordneten künftig wieder die Möglichkeit haben, im Alter eine staatliche Pension zu bekommen - anstelle der vor fast zehn Jahren eingeführten privaten Altersvorsorge. Verbände kritisierten die Neuregelung massiv. So sprach der Steuerzahlerbund von einer "Luxus-Altersversorgung".

Auch in den Landesverbänden von SPD und Grünen mehrten sich E-Mails und Anrufe, in denen Mitglieder die Entscheidung der Landtagsfraktionen beider Parteien kritisieren. Manche davon denken auch laut über einen Parteiaustritt nach, wie ein SPD-

---

Zuletzt war auch **ein Volksantrag**, für den mindestens 40.000 Stimmen nötig sind, im Gespräch, der zum Ziel gehabt hätte, dass sich das Plenum erneut mit dem Thema befasst.

---

Sprecher am Montag sagte. Auch beim CDU-Landesverband spielt das Thema eine "gewisse Rolle". "Die Anzahl der Reaktionen bewegt sich im niederen zweistelligen Bereich und ist vergleichbar mit der zu anderen Themen, die in der Öffentlichkeit ähnlich emotional diskutiert werden", sagte ein Parteisprecher.

### "Blitzgesetz" verfassungswidrig?

Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim hatte am Montag der "Heilbronner Stimme" und dem "Mannheimer Morgen" gesagt, das "Blitzgesetz" des Landtags sei mit Blick auf Verfahren und Inhalt verfassungswidrig. Laut einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1975 zu Fragen der Diäten für Abgeordnete müsse das Parlament, wenn es in eigener Sache entscheide, Öffentlichkeit herstellen. "Sie ist die einzige wirksame Kontrolle."

Stand: 14.2.2017, 20.56 Uhr